




Ergebnisse der Endlagerkommission

Ursula Heinen-Esser
Karlsruher Atomtage
14. Juli 2016

Blick zurück I

- 2011: Reaktorkatastrophe von Fukushima
- 2011: Ausstieg aus der Kernenergie
 - Abschaltung des letzten Kernkraftwerks 2022
 - Beschluss MPs und Bkin:
Neustart in der Endlagersuche
(Initiative Kretschmann/Untersteller)
- 2013: Standortauswahlgesetz

Blick zurück II

- Einsetzung der Kommission auf Wunsch Niedersachsens
- 2013 Regierungswechsel
schwarz-gelb  rot-grün
- Weil/Wenzel:
Ablehnung Prinzip „Weiße Landkarte“
- Kompromiss: Einsetzung Kommission

Die Kommission I



Die Kommission II

Zusammensetzung:

- 2 Vorsitzende: alternierend/ohne Stimmrecht
- 8 Wissenschaftler: mit Stimmrecht
- 2 Gewerkschaften: mit Stimmrecht
- 2 EVU: mit Stimmrecht
- 2 Kirchen: mit Stimmrecht
- 2 Umweltverbände: mit Stimmrecht

Die Kommission III

Zusammensetzung (Forts.)

- 8 Bundestagsabgeordnete: ohne Stimmrecht
- 8 Landesminister: ohne Stimmrecht



Völlig neues Verfahren

Die Kommission IV

Aufgaben:

1. Technisch-Wissenschaftliche Kriterien
2. Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung
3. Evaluierung des Standortauswahlgesetzes

Ausgangsbedingungen

- 30.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfall („insbesondere“)

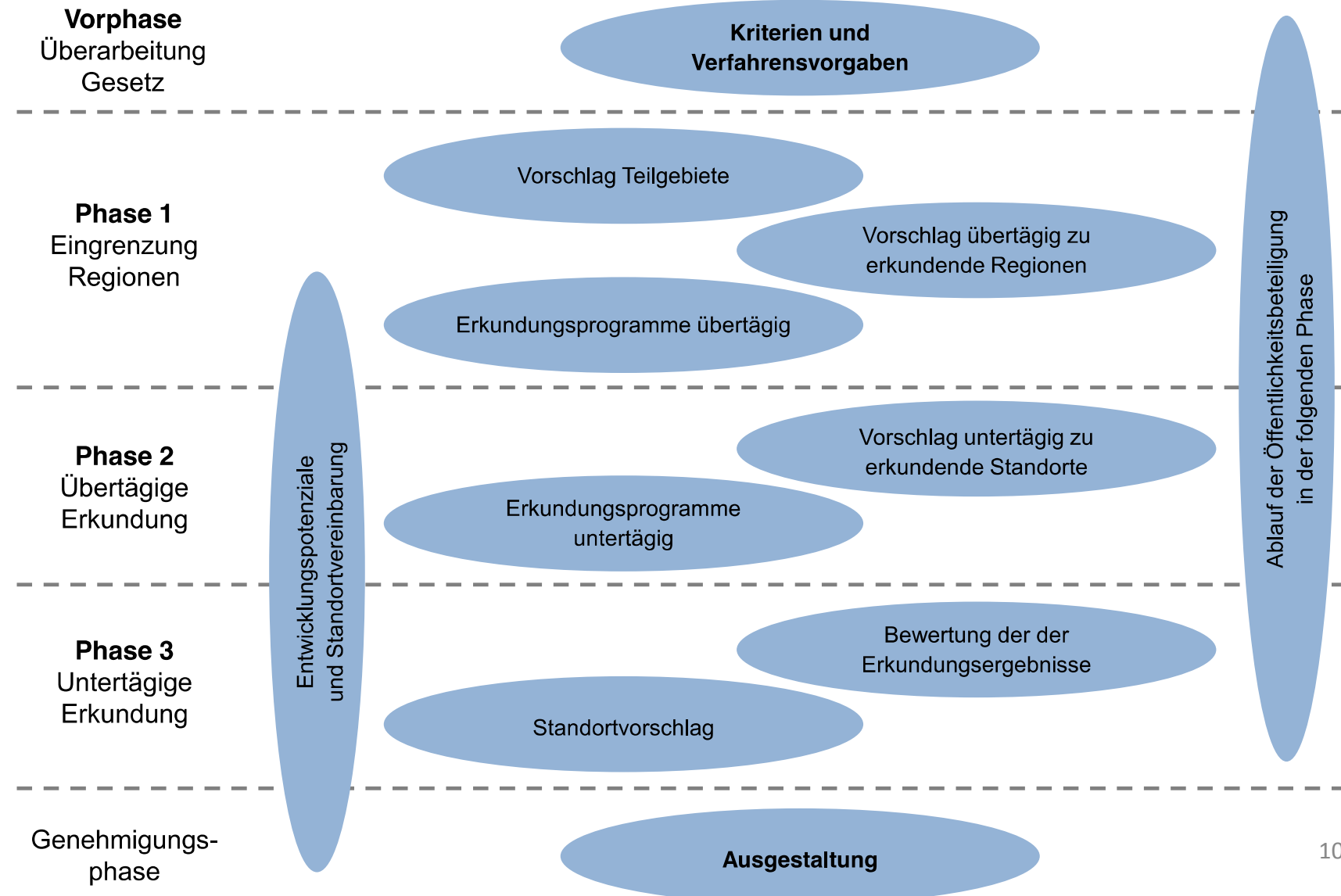
Eventuell plus:

- 220.000 Kubikmeter Asse-Abfälle
- 100.000 Kubikmeter Abfälle aus Urananreicherung

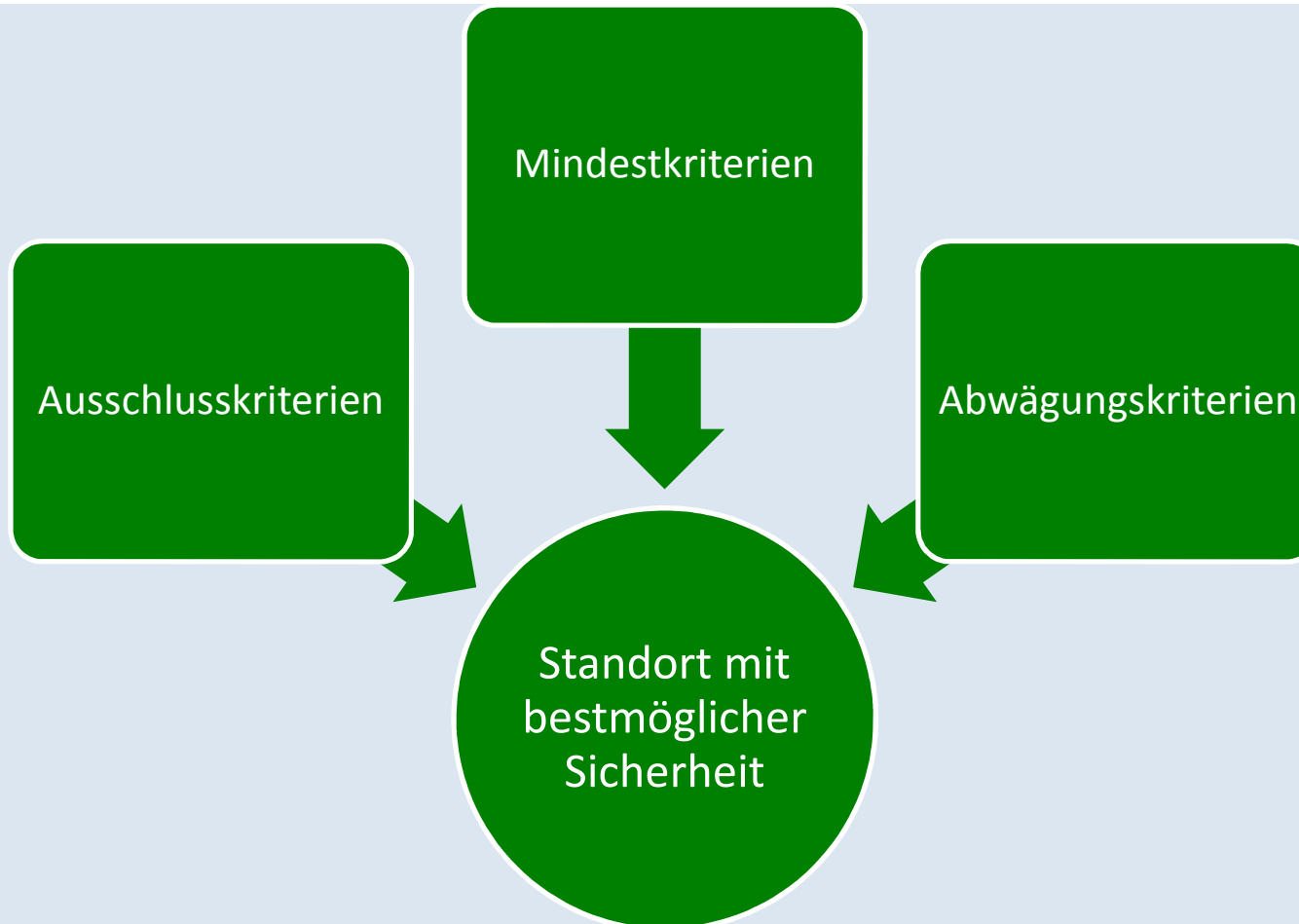
Das Suchverfahren I



Das Suchverfahren II



Das Suchverfahren III/Kriterien



Das Suchverfahren III/Kriterien

Ausschlusskriterien:

aktive geologische Störungszonen wie

bergbauliche Tätigkeit

Erdbeben

vulkanische Aktivitäten

Das Suchverfahren III/Kriterien

Mindestanforderungen:

- Gebirgsdurchlässigkeit (möglichst gering)
- Einschlusswirksamer Gebirgsbereich muss mindestens 100 Meter dick sein (Ausnahme: Kristallin!)
- Fläche: 3 km² (Salz), 10 km² (Ton)

Das Suchverfahren III/Kriterien

Abwägungskriterien:

(zB):

- Kein Transport von Grundwasser
- Gute Prognostizierbarkeit der langfristigen Stabilität
- Gute Temperaturvergleichbarkeit („100 Grad“)

Öffentlichkeitsbeteiligung I/National

Nationales Begleitgremium

(bereits vom Dt. Bundestag verabschiedet)

- Anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
- Nach Zufallsprinzip ausgewählte Bürger

Öffentlichkeitsbeteiligung I

„Der Fokus des Gremiums liegt (....) nicht nur bei der gemeinwohlorientierten Begleitung des Prozesses, sondern im Aufbau und Erhalt einer Kontinuität des Vertrauens zwischen den handelnden Akteuren.“ (aus dem Bericht der Endlagerkommission)

Öffentlichkeitsbeteiligung II/Überregional

- Fachkonferenz „Teilgebiete“: frühzeitige Befassung mit den Auswahlritten (Vorphase/Phase 1)
- Rat der Regionen

Öffentlichkeitsbeteiligung III/Regional

- Regionalkonferenzen mit Nachprüfrechten

Evaluierung des Standortauswahlgesetzes I


Rechtsschutz (Klagemöglichkeit vor dem
Bundesverwaltungsgericht):

- § 17 Vorschlag der Standorte zur untertägigen
Erkundung
- § 19 Vorschlag für Endlagerstandort

Evaluierung des Standortauswahlgesetzes II

- Behördenstruktur: BfE und BGE
- Exportverbot
- Frühzeitige Sicherung potenzieller Standorte
- Sicherung von Daten
- Gesetzliche Verankerung der Sicherheitsanforderungen

Fazit

- Kommission hat das 2013 verabschiedete StandAG an wesentlichen Stellen weiterentwickelt.
- Bericht ist Grundlage für die Endlagersuche.
- Im Sommer wird der Bericht öffentlich diskutiert  Abschluss: September